

Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege.

Budapest, 12. Januar.

Den Äußerungen des Staatssekretärs Dr. Clemér Santos über seine jüngste Wiener Reise glaubten einige Blätter entnehmen zu können, daß der Staatssekretär in der Frage der Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege den ungarischen Standpunkt, der die Beteiligung der ungarischen Industrie an dem mit Oesterreich gemeinsam zu beschaffenden Rohmaterial im Verhältnisse der Quote erfordert, fallen gelassen habe. Auf unsere in dieser Angelegenheit an ihn gerichtete Frage hat sich nun Staatssekretär Santos wie folgt geäußert:

Solange der Krieg dauert und unsere Industrie fast ausschließlich im Dienste der Armee steht, muß naturgemäß auch das zu Kriegslieferungszwecken dienende Rohmaterial dem Quotenverhältnisse entsprechend aufgeteilt werden. Das ist so einleuchtend, daß es auch von österreichischer Seite niemals in Zweifel gezogen wurde. So wurde bisher hinsichtlich aller Rohstoffe vorgegangen, die mit Oesterreich gemeinsam bewirtschaftet wurden. Es entspricht daher nicht der Wahrheit, wenn behauptet wird, daß wir den Standpunkt der quotenmäßigen Beteiligung an welchem Rohstoff immer aufgegeben hätten. Das mag als Stimmungsmacherei gegen die Regierung gut sein, es entspricht aber nicht dem Interesse der ungarischen Volkswirtschaft, daß bei der Gemeinsamkeit des Zollgebietes eine freundschaftliche Kooperation mit der österreichischen Industrie erfordert. Die Aufteilung der Rohstoffe nach der Leistungsfähigkeit der Industrie wurde von österreichischer Seite nur mit Bezug auf solche Rohmaterialien angeregt, hinsichtlich deren Verarbeitung die Leistungsfähigkeit der österreichischen Industrie die der ungarischen weitaus übertrifft. Bezüglich dieser Industrieartikeln, die also nicht den Zwecken der Armee dienen, wurde uns von österreichischer Seite das Anerbieten gestellt, die für sie erforderlichen Rohstoffe gleichfalls gemeinsam zu beschaffen, jedoch nicht im Verhältnisse der Quote, sondern im Verhältnisse der Kapazität der betreffenden Industrien. Demgegenüber würden wir von Oesterreich zu den dort üblichen Preisen fertige Industrieartikeln erhalten, und zwar nicht im Verhältnisse der Quote, sondern im Verhältnisse der Bevölkerungszahl, das jenes der Quote um ungefähr acht Prozent übersteigt. Es wären dies fertige Industrieartikeln, deren unser Konsum zu Bekleidungs Zwecken dringend bedarf. Allein auch das war nur ein Anerbieten, hinsichtlich dessen wir uns nicht gebunden haben, so daß die Behauptung, als wären wir anlässlich meines jüngsten Aufenthaltes in Wien eine derartige Verpflichtung eingegangen, zum mindesten als tendenziös bezeichnet werden kann.

Budapest, 12. Januar.

Das einzig beruhigende in der obigen Erklärung des Staatssekretärs Dr. Santos ist, daß zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung in der Frage der Rohstoffbeschaffung eine bindende Vereinbarung überhaupt noch nicht zustande gekommen ist. Der Staatssekretär erklärt das Gerücht, als ob die ungarische Regierung eingewilligt hätte, daß die ungarische Industrie an den für die Uebergangszeit zu beschaffenden Rohstoffbezügen nicht im Quotenverhältnis, sondern nach dem Maßstabe ihrer Kapazität beteiligt werde, für leeres Gerede. Freilich fügt er aber hinzu, daß wenn eine ähnliche Vereinbarung auch nicht zustande kam, ein Vorschlag der österreichischen Regierung in diesem Sinne tatsächlich vorliegt.

Das Land erwartet, daß die ungarische Regierung auf einen derartigen Vorschlag keine andere Antwort als die der unbedingten Ablehnung haben wird. Der niedlichen Aufteilungsformel, die eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Retablierung unserer aus tausend Wunden blutenden Wirtschaft für immerwährende Zeiten ausschließt, kann eine ungarische Regierung niemals beipflichten. Gänze sich dennoch ein ungarischer Staatsmann, der in Verkennung der Verhältnisse auf diesen Vorschlag einging, so ist kein ungarisches Parlament denkbar, das einen Gesetzentwurf mit dem Inhalte der niedlichen Formel nicht mit Entrüstung zurückweisen würde.

Die Frage ist in allen ihren Beziehungen so bekannt, daß sie kaum einer eingehenden Erörterung bedarf. Die Beschaffung des ausländischen Rohstoffes wird auch nach dem Kriege für lange Zeit nur durch die Staatsgewalt gesichert werden können. Lloyd George beruft sich in seiner jüngsten Erklärung darauf, daß die Entente — auch wenn sie gegen die Mittelmächte keinen wirtschaftlichen Konkurs nach dem Kriege führen wird — den in ihrem Besitze befindlichen und ihrer Interessensphäre zugänglichen Rohstoff von beschränkter Menge in erster Reihe den eigenen Verbündeten zur Verfügung zu stellen gedenkt. Dies sagt er in derselben Rede, in der er die Zurückgabe der besetzten Gebiete Frankreichs, Belgiens, Serbiens, Rumaniens und Montenegro fordert. Es ist daher klar, daß in den Forderungen der Friedensverhandlungen die Sicherung des im feindlichen Eigentum befindlichen Rohstoffkontingents eine ebenso wichtige Rolle spielen wird wie die Zurückgabe der von den Mittelmächten besetzten Gebiete. Auf einer Seite werden Frankreich, Belgien, Serbien, Rumänien, auf der anderen Hunderttausende Rollen Pann- und Schamolle in die Waagschale gelegt. Gleichwie die besetzten Gebiete durch die siegreiche Macht deutscher, österreichischer und ungarischer Waffen in unseren Besitz gelangten,

müssen die verbündeten Staaten auch an den gegen Rückgabe dieser Gebiete zu erzielenden Rohstoffen nach Maßgabe ihrer Teilnahme an dem Kriege partizipieren. Der Gedanke ist absurd, daß wir unseren Anspruch auf diese Rohstoffmengen zum großen Teile einfach den Oesterreichern überlassen sollen, bloß weil wir über weniger Spindeln verfügen. Die Grundlage der Aufteilung kann keine andere sein als unser Beteiligungsverhältnis an dem Kriege: entweder das Verhältnis der Bevölkerung, die gerechtere und richtigere Grundlage, oder im schlimmsten Falle: das Verhältnis unserer Beitragsleistung zu den Kriegskosten, also die Quote.

Das Aufteilungsverhältnis des Rohstoffes wird in der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre von entscheidender Bedeutung sein. Akzeptieren wir die gegenwärtige Kapazität unserer Fabriken als Grundlage, so verzichten wir dadurch auf die weitere Entwicklung unserer Industrie und fügen uns in das unabänderliche Fortbestehen eines für uns überaus nachteiligen Zustandes. Denn darüber wird wohl kein Zweifel herrschen, daß, wenn wir diesmal unsere Rechte nicht verteidigen, die durch die niedliche Formel beantragte zeitweilige Revision des Verhältnisses der Kapazität die Beteiligungsquote stets nur zu unserem Nachteil ausschlagen wird. Jene österreichischen Herren, die jetzt in den verschiedensten Organen mit großem Eifer gegen die quotenmäßige Beteiligung kämpfen, vergessen, daß in den ersten Jahren der Friedensperiode auch der Zivilbedarf eng mit dem Militärbedarf zusammenhängen wird. Gerade infolge dieser Verbindung kann uns das Versprechen nicht befriedigen, daß hinsichtlich der militärischen Lieferungen das Quotenverhältnis auch in Zukunft bestehen bleibt. Müht denn zur Zeit der Uebergangswirtschaft der gesteigerte Zivilbedarf nicht davon her, daß Waren, die das Militär im Wege der Requirierung oder des freihändigen Kaufes anschafft, der Zivilbevölkerung entzogen werden? Hatte das Militär diese Artikel im Wege eigener Produktion erzeugen können, so wäre es verpflichtet gewesen, sie laut des Gesetzes im Verhältnisse der Quote in Ungarn anzuschaffen. Hat aber das Militär statt dessen die Bedarfsartikel von der Bevölkerung auf direktem oder mittelbarem Wege requiriert und muß nunmehr die Bevölkerung diese Waren aufs neue beschaffen, so ist es klar, daß die ungarische Industrie auf die Lieferung dieser Waren nach demselben Verhältnisse ein Anrecht hat, wie bei der unmittelbaren Befriedigung des Heeresbedarfes.

In ihrer maßlosen Voreingenommenheit weisen uns die Oesterreicher bei der Behandlung der Frage vor, daß das gemeinliche Zollgebiet von Jahr zu Jahr die Interessen der ungarischen Produktion besser, jene der österreichischen aber schlechter wahre. Sie vergessen indes, daß ihr Kampf gegen Ungarns quotenmäßigen Anteil an den Rohstoffen ein gefährliches Spiel ist, das die unversöhnlichen Anhänger des ungarischen selbständigen Zollgebietes immer mehr rechtfertigt. Publizisten, die drüber ebenedem in dem Lob des gemeinsamen Zollgebietes unermüdet waren, bemühen sich nunmehr um den statistischen Nachweis, daß Ungarn aus der Zollgemeinsamkeit übermäßig viel gewinne. Wir sehen aber vorläufig nur die in der Delegation erwiesene Tatsache, daß Ungarn während des Krieges bei den militärischen Lieferungen um die Kleinigkeit von vier Milliarden verkürzt wurde. Dies bedeutet nach ungeteilter Ansicht unserer industriellen Kreise nicht nur den Entgang dieser Milliarden für die ungarische Industrie, sondern auch das Versäumen einer Industrieförderungsmaßnahme, deren Wert diesen Betrag vielfach übersteigt. Wir erwarten von der ungarischen Regierung, die laut der Äußerung des Staatssekretärs Santos auf den Vorschlag Nields nicht einging, eine derartige Regelung der Frage der Rohstoffzufuhr, daß für Ungarn die im Kriege versäumte Industrieförderungskonjunktur durch die ausgiebige und gerechte Verteilung der Rohstoffe jetzt einsetze. Diese verlorenen vier Milliarden muß unsere Regierung anlässlich der Aufteilung der Rohstoffe als einen vor allen anderen zu befriedigenden Vorzugsposten anmelden. Man versucht uns damit hänge zu machen, daß dringliche „Volkswirtschaftsinteressen“ die Aufteilung nach dem Kapazitätsschlüssel erheischen, ein Argument, dessen auch Staatssekretär Santos Erwähnung tat. Wir hoffen, daß die Regierung auch darauf geblühend antworten wird. Erhält die ungarische Volkswirtschaft ihren quotenmäßigen Anteil aus dem Rohstoff, so wird sie dank der Ausbreitungsfähigkeit ihres gesunden Organismus diese Aufgabe übernehmen, und das Interesse der Volkswirtschaft wird keinerlei Abbruch erleiden, ebenso wie zahlreiche ungarische Industrien im Kriegsverlauf das Vielfache ihrer Friedensproduktion mit spielender Leichtigkeit zu erzeugen vermochten. Die Zeit ist längst verstrichen, in der man den ungarischen Konsumenten mit der zahmen Versicherung heimischen konnte: „Kümmere dich um nichts, sei unbesorgt, der gute österreichische Bruder ist da, er wird schon für dich sorgen.“

Weit über das Bevölkerungsverhältnis hinaus hat Ungarn das Blut seiner Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, und an den ungeheuren Finanzlasten des Krieges haben wir genau im Quotenverhältnis teilgenommen. Daß jetzt in der Rohstoffversorgung Ungarns als Aufteilungsmaßstab weder die Bevölkerungszahl noch das Quotenverhältnis, sondern die weit geringere Kapazität unserer noch wenig entwickelten Industrie herangezogen werde, das wird Ungarn sich unter keinen Umständen bieten lassen. Die Vertröstung, statt der Rohstoffe, durch die unsere industrielle Entwicklung endlich einen mächtigen Impuls bekommen könnte, von Oesterreich mit der Befriedigung unserer dringlichen Volkswirtschaftsinteressen begünstigt zu werden, weist Ungarn mit der größten Entschiedenheit zurück. Sie bedeutet ja nicht mehr und nicht weniger, als daß nun auch nach der ganzen Konfiskationsgewinn aus der Verarbeitung dieser Rohstoffe unserer Volkswirtschaft entzogen und der österreichischen zugeführt werden soll. Schon im Kriege um vier Milliarden